

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern
1. Tagung des 9. Landesparteitages
13. Juli 2024, Waren, Bürgersaal

Beschluss

Sozial und solidarisch für eine gute Zukunft in M-V

Die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen zeigen deutlich: Die Linke ist in einer herausfordernden Lage. Der jahrelang ausgetragene innerparteiliche Konflikt hat das Bild in der Öffentlichkeit schwer beschädigt. Wähler:innen können nicht erkennen, wie wir zu wichtigen Fragen und aktuellen Auseinandersetzungen stehen. Unsere kommunalpolitische Verankerung ist deutlich schwächer geworden. Wir sind jedoch sicher, dass wir den Neuanfang schaffen können. Gemeinsam wollen wir daran arbeiten, dem rechten Zeitgeist nicht die Vorherrschaft zu überlassen. Wir stehen weiter für Frieden und einen sozial gerechten ökologischen Umbau unserer Gesellschaft, der die Würde aller Menschen in unserem Land achtet. Auf dieser Grundlage wollen wir unsere Partei stärken. Als Linke in Mecklenburg-Vorpommern werden wir unseren Beitrag dazu leisten.

Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern hat frühzeitig Handlungsbedarfe zur Entwicklung unseres Bundeslandes aufgezeigt und Entscheidungen für die Zukunft eingefordert, beispielsweise bei der Bildung und Ausbildung, bei der Digitalisierung, der Gesundheitsversorgung oder dem Wohnungsbau.

Seit zweieinhalb Jahren ist die Linke in Mecklenburg-Vorpommern in Regierungsverantwortung. Wir haben in dieser Zeit viel erreicht, etwa die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen, die Einführung des Frauentags als gesetzlicher Feiertag, das Wahlalter 16, die Schulgeldfreiheit für nichtakademische Gesundheitsberufe sowie mehr Busse und Bahnen.

Wir wollen weiter in Bildung und gute Arbeit investieren, die Chancen für Kinder und Jugendliche verbessern.

Wir wollen, dass Wohnen bezahlbar bleibt und sich unsere Städte und Dörfer gut entwickeln.

Wir wollen, dass Armut bekämpft, eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung und Pflege gesichert werden.

Wir wollen, dass Fluchtursachen bekämpft und Geflüchtete besser integriert werden.

Wir wollen, dass Kriege beendet und Friedensverhandlungen wieder fester Bestandteil der Politik werden.

Wir wollen Ressourcen schonen, schützen und gerecht verteilen für eine ökologisch-soziale und gerechte Zukunft.

Wir wollen eine nachhaltige Mobilität für alle, vor allem im ländlichen Gebiet weiterentwickeln.

Wir wollen ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltige Landwirtschaft stärken und eine gute Ernährung für die Menschen in MV ermöglichen.

Wir wollen, dass eine erneuerbare Energiewirtschaft auf genossenschaftlicher Basis ausgebaut wird.

Wir wollen die kommenden zweieinhalb Jahre nutzen, um unser Bundesland weiter zukunftsfest zu machen; dabei wollen wir uns in den kommenden zweieinhalb Jahren auf folgende Schwerpunkte konzentrieren.

Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche endlich herstellen

Um Chancengerechtigkeit für unsere Kinder und Jugendlichen durchzusetzen, bedarf es einer ganzheitlichen pädagogischen Strategie – von der Kita bis zur Berufsausbildung und Studium.

Wir setzen bereits bei den ganz Kleinen auf Qualitätsverbesserungen für ihre Bildung und Förderung. Dazu haben wir neben der Senkung der Fachkraft-Kind-Relation in der Kita auch mehr als 1200 zusätzlichen Erzieherinnen und Erzieher eingestellt bzw. werden sie einstellen.

Von der Sprachkita über die Unterstützung benachteiligter Kinder durch das Dortmunder Entwicklungsscreening bis hin zur Umsetzung des neuen Mindestpersonalschlüssels, der erstmalig für das gesamte Land vergleichbare Qualitätsstandards setzt, legen wir hier die Basis.

Die höchste Betreuungsquote und die langen Öffnungszeiten bilden zwar den Ausgangspunkt für eine breite Teilhabe aller Kinder, das aber kann nicht das alleinige Merkmal für hervorragende frühkindliche Bildung sein. Deshalb werden wir weder die Öffnungszeiten verkürzen und auch nicht von unserem Prinzip des hohen Fachkräfteanteils abgehen, setzen aber vor allem unsere Anstrengungen künftig verstärkt auf die Förderung der unter 3-Jährigen, denn dies ist zwingend erforderlich, um die chancengleiche Teilhabe von Beginn an zu erhöhen.

Dazu zählt besonders die Förderung der Sprache, die wir schon im Vorschulalter besonders fördern wollen. Daher soll im kommenden Jahr mit dem Programm „Buchstart M-V“ jedes viereinhalbjährige Kind ein Buch zum Lesenlernen kostenfrei erhalten. Dadurch können Erzieherinnen und Erzieher sowie Erziehungsberechtigte gezielt die Sprachentwicklung der Kinder fördern.

Somit wird es uns künftig besser gelingen, die Sprachförderung - auch außerhalb der Kita – mit Unterstützung der Eltern zu intensivieren, denn das Beherrschen der Sprache ist die Voraussetzung für einen gelingenden Übergang von der Kita in die Grundschule.

Damit überhaupt durchgängige Bildungsbiografien entstehen können, müssen wir gerade in den Grundschulen sowie in den Regionalen Schulen in die Stärkung der Grundkompetenzen investieren. Mehr Unterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik in der Grundschule sowie die Einführung des Lesebandes in allen Jahrgangsstufen sind ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Startbedingungen. Zusätzliche 100 Minuten-Lesezeit für alle Grundschul Kinder ist in der Art eine erstmalige Förderung der Entwicklung der Sprach- und Lesefähigkeit in unserem Bundesland.

Auch die Erhöhung des Unterrichts in den Fächern Mathematik, Deutsch und in der 1. Fremdsprache in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 an allen allgemein bildenden Schulen um zusätzlich 11 Wochenstunden sind Meilensteine zur Verbesserung der Lernbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern.

Das können wir aber nur erfolgreich umsetzen, wenn wir weiterhin mit unserem Programm „Schule in MV – Aufbruch 2023“ an die Einstellungsrekorde der vergangenen zwei Jahre anknüpfen, in denen es uns gelungen ist, ca. 1900 neue Lehrkräfte und hunderte unterstützende pädagogische Fachkräfte sowie Alltagshelfende einzustellen, die aus unserem Schulalltag nicht mehr wegzudenken sind.

Dem Lehrkräftemangel können wir aber nur mit neuen Wegen in der Ausbildung begegnen. Deshalb werden wir das Referendariat durch mehr begleiteten Unterricht und einer verbesserten Begleitung der künftigen Lehrkräfte attraktiver gestalten. Zudem führen wir ab dem kommenden Jahr eine neue Seiteneinsteigerausbildung ein.

Wir qualifizieren ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher zu unterstützenden pädagogischen Fachkräften mit der Unterrichtsbefähigung für ein Fach. Damit schaffen wir es, die Schulen schnellstmöglich mit den dringend erforderlichen multiprofessionellen Teams auszustatten.

Unsere „Bildungswende“, die wir vor zwei Jahren eingeläutet haben, braucht aber auch dringend Regelungen, die Schulabbrüche vermeidet, um eben die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Ausbildung, am Leben zu ermöglichen.

Deshalb werden wir mit unserer neuen Initiative „Mehr Schulabschlüsse für Mecklenburg-Vorpommern“ bekannte Maßnahmen intensivieren und neue einführen.

Wir werden die Möglichkeiten, einen anerkannten ersten Schulabschluss zu erreichen, flächendeckend ausweiten. Die Erhöhung der Kapazitäten für das „Freiwillige 10. Schuljahr“ und die Einführung des neuen Programms „Praxisorientierte Berufsreife“ werden dazu beitragen, die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss um 30 Prozent zu reduzieren.

Zudem haben wir in diesem Jahr begonnen, ein „Frühwarnsystem“ an den Regionalen Schulen und Gesamtschulen einzuführen, das Jugendlichen und Eltern gleichermaßen rechtzeitig und verpflichtend die passgenauen Möglichkeiten für das Erreichen eines Schulabschlusses aufzeigt und sie dabei engmaschig begleitet.

Darüber hinaus wird durch das neue „Berufsorientierungs-Konzept“ ebenfalls zu mehr Schulabschlüssen und zur Verringerung der Ausbildungsabbrüche beitragen. Eine durchgängige Berufsorientierung von der Kita bis zur Berufsschule/Gymnasium werden genau wie regionale Bildungsmessen und der verbindliche Praxislerntag in einem Halbjahr der neunten Jahrgangsstufe sind ein Türöffner für gleichberechtigte Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

Um Auszubildende und Studierende mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, fordern wir die Schaffung eines landesweiten Auszubildendenwerkes und den Erlass einer gesonderten Förderrichtlinie zur Umsetzung des Bundesprogramms „Junges Wohnen“.

Darüber hinaus sprechen wir uns für ein Landesstipendienprogramm für Studierende aus Familien mit geringen Einkommen aus.

Gesundheitsversorgung neu denken: patientenorientiert, bedarfsgerecht, gemeinwohlorientiert und solidarisch

Die herrschende Politik vergangener Jahrzehnte hat weite Teile der Gesundheitsversorgung den Prinzipien von Markt und Profit unterworfen. Wo Gesundheit zur Ware wird, geraten die Bedarfe der Menschen ins Hintertreffen. Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland stößt an seine Grenzen, ist selbst systemisch krank. Die demographischen Veränderungen, inflationäre Kostenentwicklungen sowie sich wandelnde Krankheitsbilder und Krankheitszahlen spitzen die Situation noch zu. Deshalb bedarf das Gesundheitswesen grundlegender Veränderungen, auch in M-V.

Die entscheidenden Weichenstellungen für Veränderungen im Gesundheitswesen müssen jedoch auf Bundesebene erfolgen, insbesondere durch:

- die Einführung einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung,
- eine Zurückdrängung der Ökonomisierung des Gesundheitswesens und
- durch eine Entprivatisierung der stationären medizinischen Versorgung.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns unter Beteiligung der Partei Die Linke nutzt die ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten, um positive Veränderungen im Interesse der Menschen herbeizuführen.

So hat die Koalition aus SPD und Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern für die Krankenhausstandorte eine Garantieerklärung abgegeben. Die Gesamtausgaben in der Krankenhausfinanzierung wurden gegenüber der Vorgängerregierung um fast 30 Mio. Euro auf über 151 Mio. Euro erhöht.

Weiterhin setzt eine vom Landtag beschlossene und der Landesregierung berufene Gesundheitskommission systematisch Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ durch Zielbilder um.

Erstmals in der Geschichte des Landes wird das Gesundheitswesen auf Grundlage einer strategischen Orientierung weiterentwickelt.

Für den Bereich mit den drängendsten Handlungserfordernissen, der Geburtshilfe und der Pädiatrie, werden endlich konkrete Schritte vollzogen. So werden Baby-Lotsen in jeder Geburtsklinik etabliert. Sie geben den werdenden Müttern und jungen Familien frühe Hilfen aus einer Hand.

Um die Versorgung in bevölkerungsarmen und strukturschwachen Regionen zu sichern, wird in der Gynäkologie und der Geburtshilfe die Anwendung der Telemedizin ausgeweitet. Die Akteure im Gesundheitswesen werden stärker miteinander vernetzt, insbesondere in der medizinischen Weiterbildung. Zukünftig sollen weitere sektorenübergreifende Versorgungsangebote geschaffen werden.

Dies alles sind vorzeigbare Handlungen bzw. Ergebnisse, die ohne eine Beteiligung der LINKEN an der Regierung in Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich wären.

Bei allem Stolz auf bislang Vorzeigbares liefert der grundsätzlich kritische Befund über den Zustand der Gesundheitsversorgung Anlass und Motivation, die Anstrengungen für grundlegende, umfassende Reformen im Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland zu intensivieren und zugleich konkrete Veränderungen auf Landesebene anzugehen. Hier sehen wir insbesondere vier Punkte:

1. Der Landesverband der Linken Mecklenburg-Vorpommern schließt sich den Forderungen des Landesfrauenrates und des Landeshebammenverbandes an, weitere Punkte des Zielbildes der Gesundheitskommission zum Bereich der Geburtshilfe und Pädiatrie umzusetzen.
2. Der Landesparteitag erwartet von seiner Landtagsfraktion den nachdrücklichen Einsatz für die Etablierung von Amtshebammen. Hierdurch lassen sich gleich mehrere Qualitätsaspekte der geburtshilflichen Versorgung verbessern. Weiterhin soll die gemeinsame und kooperative Versorgung durch Ärzte und Hebammen gefördert werden.
3. Die medizinische Versorgung ist auch in Mecklenburg-Vorpommern in weiten Teilen immer noch in stationäre und ambulante Sektoren getrennt. Das muss sich ändern.
4. Wir fordern, dass sektorenübergreifende Projekte eine verlässliche, reguläre Abrechnungsmöglichkeit erhalten und nicht mehr von Ausnahmeregelungen abhängig sind. Hierzu soll die Linksfraktion im Landtag Möglichkeiten der Einflussnahme auf Bundesebene ausschöpfen.

Die bevorstehende Krankenhausreform birgt Chancen, die Ökonomisierung im Krankenhausbereich zurückzudrängen und die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern. Mit ihr ist aber auch die Gefahr verbunden, dass Krankenhäuser unkontrolliert und ungewollt vom Netz gehen. Das Deutsche Krankenhausinstitut hat in einem aktuellen Gutachten erhoben, dass 78 Prozent der Krankenhäuser für das vergangene Jahr einen Jahresfehlbetrag ausweisen müssen.

Der Landesparteitag bekräftigt den Willen, dass alle Krankenhausstandorte in Mecklenburg-Vorpommern erhalten werden sollen. Um dies abzusichern, fordert er die Schaffung von konzeptionellen, finanziellen und materiellen Voraussetzungen für die Gründung eines Landeskrankenhausbetriebes Mecklenburg-Vorpommern (LKB-MV). Unter seinem Dach können Krankenhäuser in öffentlicher Hand, gegebenenfalls gemeinschaftlich durch Land und Kommunen getragen, vereint werden. Auf diese Weise würde die stationäre medizinische Versorgung qualitativ hochwertig, bedarfsgerecht und wohnortnah gewährleistet werden können.

Gute Pflege geht uns alle an!

Auch in der Pflege besteht dringender Handlungsbedarf. Die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen wird auch in Mecklenburg-Vorpommern weiter steigen. Niemand von uns ist davor gefeit, selbst zu einem Pflegefall zu werden oder jemanden in der Familie zu haben, die/der gepflegt werden muss. Die Personalnot wächst auch hier, die Pflegedienste bekommen nicht alle Leistungen erstattet, die sie erbringen, und die Eigenanteile für die Pflegebedürftigen steigen in allen Pflegeformen, ob in der Tages-, der ambulanten oder der stationären Pflege.

Um Personal in der Pflege und anderen Gesundheitsbereichen zu sichern und weitere Abwanderung zu verhindern, haben wir mit Beginn dieses Jahres die Ausbildung in den nichtakademischen Gesundheitsberufen (Kranken- und Altenpflegehilfe, Ergo- und Physiotherapie, Logopädie, Diätassistenz, medizinische Bademeister/in) endlich kostenfrei und hierfür mehr als 3 Mio. Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Dies hilft mehr als 1.000 Auszubildenden im Land, vor allem aber den Patientinnen und Patienten.

Darüber hinaus werden wir die Pflegeausbildung verbessern und das Gesetz für die Einrichtung von Pflegeheimen zu einem Wohn- und Teilhabegesetz weiterentwickeln.

Wir werden die Pflegestützpunkte ausbauen und die Kommunen weiter bei der Planung ihrer Pflegestruktur unterstützen.

Wir fordern die Landesregierung auf, zu prüfen, inwieweit die Wiedereinführung des Landespflegegeldes für Neu-Fälle ein geeigneter und leistbarer Weg ist, um die Pflegebedürftigen zu entlasten bis auf Bundesebene eine Lösung gefunden wurde.

Auf Bundesebene setzen wir uns ebenfalls für die Entlastung bei den Eigenanteilen und für eine echte Pflegereform ein, die die Pflege für alle Betroffenen verbessert und die Finanzierung der Pflege zukunftsfähig macht.

Wir brauchen eine solidarische Pflegevollversicherung, in die alle einzahlen, ob Beamtinnen und Beamte, Angestellte oder Millionärinnen bzw. Millionäre – denn gute Pflege geht uns alle an.

Gleichstellung in MV: Chancengleichheit ausbauen, Hilfenetz stärken, vielfältige Lebens- und Familienmodelle schützen

Gleichstellung ist kein Randthema. Hier geht es um Chancengleichheit und letztlich um soziale Gerechtigkeit für alle Geschlechter. Wenn Frauen in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert sind und die Berufswahl zwischen Jungen und Mädchen immer noch Klischees und nicht persönlichen Talenten oder Vorlieben folgt, braucht es eine aktive Gleichstellungspolitik.

Wir stehen für die freie Entfaltung aller Menschen in diesem Bundesland, unabhängig von geschlechtlicher oder sexueller Identität. Dem rechtskonservativen Rollback, der sich gegen die Emanzipation und gegen vielfältige Lebens- und Familienmodelle richtet, treten wir entschieden entgegen. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land für alle. Und das muss auch so bleiben.

Durch unsere Arbeit in der Landesregierung haben wir die Gleichstellung weiter gestärkt und ihr einen besonderen Stellenwert gegeben. Dies wird unter anderem dadurch deutlich, dass

- die Position einer Landesbeauftragten für Frauen und Gleichstellung der Landesregierung geschaffen wurde und
- der Frauentag, ein Symbol für die über 100 Jahre alte Forderung nach gleichen Rechten und Pflichten, nun gesetzlicher Feiertag ist.

Zugleich sind wir einen großen Schritt weitergekommen bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes. Es gibt wichtige Fortschritte in Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern, beispielsweise im öffentlichen Dienst des Landes und bei der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm wird aktuell im Dialog mit den Menschen vor Ort und unter Beteiligung von Vereinen und Verbänden erarbeitet. Hier bündeln sich Ziele, Maßnahmen und konkretes Handeln. Wir machen Gleichstellungspolitik erlebbar und bestärken die Chancengleichheit im Land. Mit der Förderung von vielfältigen Mentoring-Programmen tragen wir dazu bei, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen.

Das Hilfe- und Beratungsnetz häusliche und sexualisierte Gewalt leistet eine unschätzbare wertvolle Arbeit. Alle Betroffenen in Mecklenburg-Vorpommern sollen ein Hilfeangebot bekommen. Niemand darf bei häuslicher und sexualisierter Gewalt allein gelassen. Die Berater:innen

stehen Betroffenen und Opfern von häuslicher und sexualisierter Gewalt zur Seite. Dieses niedrigschwellige Angebot muss gestärkt und barrierefrei ausgebaut werden. Wir unterstützen den Evaluierungsprozess der Landesregierung. Die Ergebnisse müssen ernstgenommen und Handlungsempfehlungen zeitnah umgesetzt werden. Eine Koordinierungsstelle, wie sie die Istanbul-Konvention vorschreibt, wird endlich im Land verankert.

Endlich erfolgt auch die Fortschreibung des Landesaktionsplans für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern. Nach einem breiten Beteiligungsprozess müssen am Ende umsetzbare, konkrete und messbare Maßnahmen stehen.

Während wir uns im Land an vielen Stellen auf dem Weg gemacht haben, spüren wir bei der Bundesregierung ein stetiges Zögern. Auf Bundesebene fordern wir von der Ampelregierung eine zügige Reform des Ehegattensplittings und eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben. Die partnerschaftliche Verteilung von Arbeit muss oberstes Ziel sein. Das Ehegattensplitting jedoch verfestigt den Zustand, in dem Frauen in Teilzeitarbeitsverhältnisse gedrängt werden. Das Ehegattensplitting muss schrittweise durch eine individuelle Besteuerung und eine zeitgemäße Familienförderung ersetzt werden.

Eine weitere wichtige gesellschaftliche Forderung ist die Abschaffung des § 218 StGB. Entgegen landläufiger Vermutung sind Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland nicht legal. Der Paragraf § 218 StGB verbietet auch heute noch Abtreibungen; sie sind lediglich unter bestimmten Rahmenbedingungen straffrei. So darf ein Abbruch lediglich dann durchgeführt werden, wenn die Frau zuvor an einer sogenannten „Schwangerschaftskonfliktberatung“ teilgenommen hat. Dies ist nicht nur entmündigend, sondern auch in vielen Fällen eine zusätzliche psychische Belastung für die betroffenen Frauen. Verpflichtende Beratungen wollen wir freiwillig stellen. Verhütungsmittel müssen kostenfrei abgegeben werden.

Wir fordern darüber hinaus den Bund auf, ein verfassungsgemäßes Paritätsgesetz auf den Weg zu bringen. Wir wollen es nicht weiter hinnehmen, dass der Frauenanteil in den Parlamenten und Vertretungen weiter absinkt.